

Verhandlungsstillstand trotz nahender „Fiskalklippe“

Zusammenfassung der US Berichterstattung in der Woche vom 26. bis 30. November 2012

(kh) Die sogenannte „Fiscal Cliff“ ist auch diese Woche das am heißesten diskutierte Thema in den US-Nachrichten. Viele positive Neuerungen hat es nicht gegeben, im Gegenteil: Die Lage scheint sich zugespitzt zu haben, nachdem Präsident Obama am Donnerstag einen neuen Plan vorgelegt hat, der unter Republikanern für Empörung sorgte. Im Grunde genommen handle es sich dabei um denselben Vorschlag, kritisierten sie, der zu Zeiten der Präsidentschaftswahl schon vorgebracht wurde und von Seiten des Weißen Hauses noch immer keine Zugeständnisse zu ihrem Kernanliegen – keine Steuererhöhung für Amerikas Oberschicht – enthalte. Viele Republikaner zeigten sich frustriert ob dieses ihrer Meinung nach unakzeptablen Angebots. John A. Boehner, Sprecher des Repräsentantenhauses, sprach Ende der Woche sogar von einem Stillstand der Verhandlungen. So warfen viele Republikaner dem Präsidenten vor, keine ernsthaften Verhandlungsmotive zu haben, wohingegen sich die Demokraten darüber beschwerten, dass von Seiten des GOP selbst keine konstruktiven Vorschläge dargebracht würden. Während die beiden Parteien sich also gegenseitig der Kompromisslosigkeit bezichtigten, sahen Wirtschaftswissenschaftler zunehmend den Sturz über das Fiscal Cliff kommen.

Am Freitag versammelten sich die Richter des Obersten Gerichtshofes der USA um darüber abzustimmen welche Berufungsanträge sie nächsten Frühling anhören werden. Für die US-Medien besonders interessant waren dabei die Fälle zur gleichgeschlechtlichen Ehe, von denen gleich mehrere zur Revision eingereicht wurden. Einer davon ist die Proposition 8, eine Volksabstimmung in Kalifornien, die 2008 die Ehe zwischen Homosexuellen ablehnte. Diese steht allerdings im Widerspruch zu einer vorher getroffenen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Kalifornien; dieser Zwiespalt soll nun in Washington gelöst werden. Die erneute Überprüfung und der Ausgang dieses Falls könnten nationale Folgen haben und eine Standardentscheidung für die Debatte pro oder contra gleichgeschlechtliche Ehe festsetzen. Noch wurde nicht bekanntgegeben ob, und wenn ja mit welchen Anträgen sich das Verfassungsgericht näher auseinandersetzen wird. Die *New York Times* bezweifelt jedoch, dass es zu einer Anhörung der Proposition 8 und damit zu einer endgültig landesweiten Entscheidung kommen wird. Sie betont, dass sich dieses Gericht schon in der Vergangenheit zurückgehalten habe Kontroversen definitiv zu entscheiden, über die die Bevölkerung gespalten sei. Für wahrscheinlicher hält es die *New York Times*, dass der Defense of Marriage Act neu geprüft werde; dieser hatte dafür gesorgt, dass staatliche Rechte und Vorteile allein heterosexuellen Partnern und Ehen zukommen. Welcher der Anträge letzten Endes vom Obersten Gerichtshof neu aufgegriffen werden wird, soll am Montag verkündet werden. Dass

mindestens ein Fall zum Thema gleichgeschlechtlicher Ehen behandelt werde, darüber sind sich die US-amerikanischen Zeitungen einig.

Quellen:

<http://www.latimes.com>

<http://www.nytimes.com>

<http://www.washingtonpost.com>

<http://www.usatoday.com>